

PRESSEMITTEILUNG 2005/06/07

Bundeskonzferenz der BAG erarbeitet frauenpolitische Leitlinien „Schweriner Leitsätze“ Impulse für gerechte Politik

Schwerin • Auf der 17. Bundeskonzferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (BAG), die vom 5. bis 7. Juni in Schwerin stattfand, konnten in intensiver Beratungsarbeit wichtige politische Leitlinien formuliert werden. Als „Schweriner Leitsätze“ zeigen sie Wege zu Reformen im Sinne der Gleichberechtigung von Männern und Frauen auf. Zahlreiche Anträge einzelner Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte für eine gerechtere Politik nahm die BAG an, um sie als Handlungsempfehlung und Wahlplattform an die Regierung weiterzuleiten. Die konkreten Forderungen zielen auf Änderung bestehender Gesetze, zum Beispiel in der Sozialgesetzgebung.

In den „Schweriner Leitsätzen“ sind Maximen formuliert, die im Interesse aller Frauen politisch berücksichtigt werden sollen. Dazu gehören die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialsystem, die Sicherung der Chancen für Mädchen und Frauen im gesamten Bildungssystem, die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung für beide Geschlechter sowie die Beachtung geschlechterspezifischer Unterschiede in der Lebenswelt (Gender Mainstreaming) im Vorfeld jeder Gesetzgebung. Reformvorschläge wurden sowohl für die Kranken- als auch für die Rentenversicherung erarbeitet. Änderungen forderten die Frauen unter anderem für die Gesetzgebung zur Elternzeit: Väter sollen verbindlich an der Elternzeit beteiligt werden, um Mütter nicht selbstverständlich in das berufliche Abseits zu drängen. Darüber hinaus soll das Erziehungsgeld, ähnlich wie in Skandinavien, am vorherigen Einkommen der Eltern bemessen werden, um Armut wegen Kindererziehung vorzubeugen.

Auch die Benachteiligung von Frauen im deutschen Sozialsystem prangerten die Teilnehmerinnen erneut an. „Viele Frauen werden durch die Gesetzgebung zur Arbeitslosen- und Sozialhilfe in die Abhängigkeit von ihrem Partner gezwungen, da ihnen wegen dessen Einkommen keine eigenen Leistungen mehr zustehen“, erklärte Christel Steylaers, Bundessprecherin der BAG aus Remscheid. Neben anderen weitreichenden Änderungen soll der Leistungssatz für Kinder deutlich angehoben und Frauen ohne Anspruch auf ALG II dennoch in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung aufgenommen werden. Eine Studie zu den frauen- und familienpolitischen Folgen von Hartz IV, in Auftrag gegeben von der Bundesregierung, soll nun so schnell wie möglich alle Missstände aufzeigen.

Darüber hinaus regten die Teilnehmerinnen an, umfangreiche Maßnahmen zu ergreifen, die noch immer bestehende Lohn-Ungleichheit zwischen Frauen und Männern endlich zu beheben. „Zu diesem Zweck“, so Steylaers weiter, „wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe innerhalb der BAG beschlossen, die bei Tarifverhandlungen, z.B. im Öffentlichen Dienst, aktiv werden soll.“

Besorgt zeigten sich die Frauen darüber, dass bundesweit Stellen von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten gestrichen oder gekürzt werden. Diesem Verhalten gelte es unverzüglich durch die Beibehaltung der bisherigen Gleichstellungsgesetze vorzubeugen, da mit weiterem Abbau von Frauenbüros die Vertretung der Frauen auf lokaler Ebene nicht mehr gewährleistet ist.